

Rahmenbetriebsplan für den Gipsabbau Oberndorf

(Antragsunterlagen zum bergrechtlichen Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung)

Teil G - Zugehörige Anträge - G.1 Denkmalrechtlicher Antrag [RBP-Oberndorf-G.1-Auslegung]

Antragsteller: CA-TEX GmbH
Brunnenstraße 138
44536 Lünen

Auftragnehmer: K-UTEC AG Salt Technologies
Am Petersenschacht 7
99706 Sondershausen

Bearbeitungsteam: [REDACTED]

Sondershausen, den 31. Januar 2024


[REDACTED]
Vorstand


[REDACTED]
Abteilungsleiter BGV


[REDACTED]
Projektleiterin

Gliederung der Antragsunterlagen

zum bergrechtlichen Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung Rahmenbetriebsplan für den Gipsabbau Oberndorf

Teil A	Allgemein verständliche Zusammenfassung
Teil B	Antragstext (Erläuterungsbericht)
Teil C	Anhang
Teil D	Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)
Teil E	Unterlagen zur Speziellen artenschutzrechtliche Prüfung (saP)
Teil F	UVP-Bericht
Teil G	Zugehörige Anträge

Ordner 1/5: Hinweise zur Gliederung der Antragsunterlagen

Teil A Allgemein verständliche Zusammenfassung

Teil B Antragstext (Erläuterungsbericht)

Ordner 2/5: **Teil C Anhang**

Anhang 1 bis Anhang 4.1

Ordner 3/5: **Teil C Anhang**

Anhang 4.2 und Anhang 4.3

Ordner 4/5: **Teil C Anhang**

Anhang 4.4 bis Anhang 4.6

Ordner 5/5: **Teil D Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)**

Teil E Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)

Teil F UVP-Bericht

Teil G Zugehörige Anträge

G.1 Denkmalrechtlicher Antrag

G.2 Wasserrechtlicher Antrag

Inhaltsverzeichnis

1	Vorhabenskurzbeschreibung	4
2	Denkmalrechtliche Einordnung	6
3	Antragsgegenstände	7
3.1	Denkmalfeststellung (Begleitung Oberbodenabtrag) Gewerbezufahrt.....	7
3.2	Denkmalfeststellung durch Geophysik Abbauabschnitte 1 bis 4 und I bis V.....	7
3.3	Denkmalfeststellung (Begleitung Oberbodenabtrag) Abbauabschnitt 1	7
3.4	Archäologische Untersuchung Abbauabschnitt 1	8
3.5	Denkmalfeststellung (Begleitung Oberbodenabtrag) Abbauabschnitte 2 bis 4 und I bis V	8
3.6	Archäologische Untersuchungen Abbauabschnitte 2 bis 4 und I bis V	8
4	Auswirkungen des Vorhabens.....	9
	Rechtgrundlagenverzeichnis	11
	Abbildungsverzeichnis	11
	Tabellenverzeichnis.....	11

1 Vorhabenskurzbeschreibung

Das Vorhaben der CA-TEX GmbH „Gipsabbau Oberndorf“ mit einer vorgesehenen jährlichen Fördermenge von 70.000 bis 140.000 t Rohgips (durchschnittlich 100.000 t/a) dient der langfristigen Rohstoffsicherung für die Werke Hartershofen (Etex Building Performance GmbH) und Sulzheim (CASEA GmbH) der Gesellschafter der CA-TEX GmbH.

Es ist geplant den Rohgips sowohl im Tagebau als auch im Untertagebau (Vortrieb eines Untersuchungsstollens) zu gewinnen. Es ist keine Aufbereitung im Bereich des Gewinnungsfeldes vorgesehen; der gewonnene Rohgips wird vor Ort auf LKW verladen und zur weiteren Verarbeitung in die Aufbereitungsanlagen im Werk Hartershofen und Werk Sulzheim transportiert. Damit umfasst das geplante Vorhaben „Gipsabbau Oberndorf“ folgende, das Vorhaben gliedernde Sachverhalte:

- Betriebsfläche mit den Tagesanlagen
- Tagebau Oberndorf
- Tiefbau Oberndorf

Der Tagebau Oberndorf ist in insgesamt neun Abbauabschnitte unterteilt, deren Lage und Abbau-richtung Abbildung 1, deren Dimensionierung (Größe, Massen sowie Abbauzeitraum) Tabelle 1 dokumentiert. Die Tagebauentwicklung umfasst elf aufeinanderfolgende Betriebsphasen und endet mit der Entlassung der Flächen aus der Bergaufsicht:

- Betriebsphase 0
Vorbereitende Maßnahmen
- Betriebsphase 1
Aufschluss Abbauabschnitt 1
Regelabbau Abbauabschnitt 1
Verfüllung Abbauabschnitt 1
- Betriebsphase 2 bis Betriebsphase 9 (analog zu Betriebsphase 1)
Die Verfüllung der Abbauabschnitte Ost 1 bis Ost 4 und West I bis West V und der Aufschluss des jeweils folgenden Abbauabschnittes überlappen sich dabei zeitlich.
- Betriebsphase 10
Abschließende Maßnahmen

Abbaubegleitend – während der Betriebsphasen 0 bis 10 – werden die Kompensationsmaßnahmen gemäß Landschaftspflegerischem Begleitplan realisiert.

Betriebsphasen 1 bis 9

Die Betriebsphasen 1 bis 9 lassen sich jeweils untergliedern in den Aufschluss des Abbauabschnittes, den anschließenden Regelabbau, die abbaubegleitende Verfüllung des entsprechenden Abbauabschnittes (Abraum- und Fremdverfüllung) und die anschließende Wiedernutzbarmachung. Der Lagerstättenaufschluss erfolgt im nördlichen Bereich des Abbauabschnittes 1.

Zunächst erfolgt auf der Aufschlussfläche der Oberbodenabtrag unter Aufsicht einer wissenschaftlichen bzw. im Bereich der Grabungstechnik qualifizierten Fachkraft. Nach der anschließenden Entscheidung über die Notwendigkeit einer archäologischen Ausgrabung erfolgt gegebenenfalls die archäologische Ausgrabung, bevor der Abraum entfernt wird. Nach dem Entfernen des Abraumes wird mit einem Hydraulikbagger der Aufschluss für die Gewinnung geschaffen.

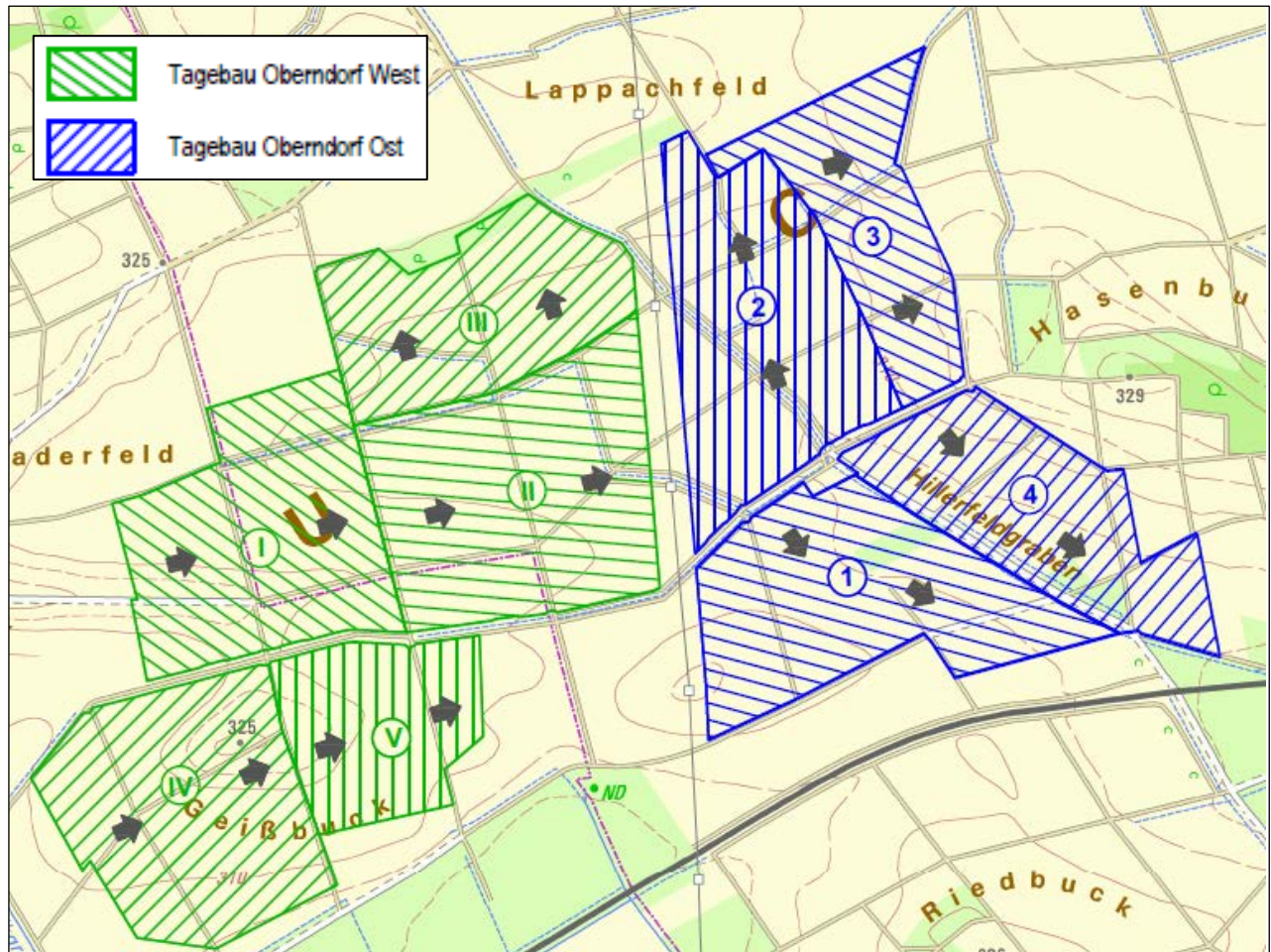


Abbildung 1: Lage der Abbauabschnitte und der Abbaurichtung

Tabelle 1: Dimensionierung (Größe, Massen sowie Abbauzeitraum) der Abbauabschnitte

Abbauabschnitt	Abbaufläche [m²]	gewinnbare Vorratsmenge		Massenanfall		Abbauzeitraum in Jahren bei einer Förderleistung von		
		Gipsstein [t]	Gipsstein [m³]	Oberboden* [m³]	Abraum* [m³]	70.000 t/a	100.000 t/a	140.000 t/a
1	139.485,5	1.781.606	809.821	38.403	803.894	25	18	13
2	142.532,0	1.446.326	657.421	39.626	779.317	21	14	10
3	86.920,0	871.353	396.070	23.904	814.344	12	9	6
4	111.137,9	1.327.156	603.253	31.502	795.940	19	13	9
Oberndorf-Ost	480.075,4	5.426.441	2.466.565	133.435	3.193.495	78	54	39
I	142.759,9	1.382.232	628.287	39.936	769.430	20	14	10
II	162.089,9	1.740.740	791.246	47.866	488.230	25	17	12
III	111.215,6	1.391.162	632.347	32.721	522.437	20	14	10
IV	141.559,6	1.394.142	633.701	40.337	622.541	20	14	10
V	79.482,2	900.334	409.243	22.607	467.211	13	9	6
Oberndorf-West	637.107,2	6.808.610	3.094.824	183.467	2.869.849	97	68	49
Summe	1.117.182,6	12.235.051	5.561.389	316.902	6.063.344	175	122	87

* ohne Auflockerungsfaktor

Während des Abbaubereichs 1 erfolgt in der Aufschlussphase eine zeitlich befristete Aufhaltung von Abraum und Mutterboden im Süden der Abbaufäche. Die Halde wird während des Abbaus in Abbaubereich 1 (Regelabbau) zurückgebaut und innenverkippt.

Während der Auffahrung (Aufschlussphase) des Abbaubereichs 1 erfolgt ergänzend eine untertägige Erschließung in Form eines Erkundungsstollens (Tiefbau). Ziel der Auffahrung des Erkundungsstollens ist die Verifizierung der geologischen Bedingungen in einem Bereich, der bislang durch keine geologischen Aufschlüsse (Bohrungen o. ä.) charakterisiert wird. Die Auffahrung des Stollens erfolgt Tagebauseitig vom Niveau der ursprünglichen Gipsstein-Oberfläche aus, durch den anstehenden Gipsstein bis in den liegenden Grenzdolomit, sofern dieser mit der geplanten Länge des Stollens von ca. 150 m erreicht wird.

Der Abbau des anstehenden Gipssteins erfolgt ausschließlich im Trockenschnitt. Er wird im Einstrossenbetrieb über die gesamte Lagerstättenmächtigkeit geführt.

Betriebsphase 10

Die nach Abschluss des Regelabbaus und der Verfüllung der Abbaubereiche erforderlichen Maßnahmen lassen sich den Betriebsphasen 6 (abschließende Maßnahmen Tagebauflächen Ost) und 10 (abschließende Maßnahmen Tagebauflächen West) zuordnen und umfassen

- die Rückverfüllung des UT-Erkundungsstollens
- den Rückbau aller technischen Einrichtungen
- der Wiederanbindung der rekultivierten Flächen an das ländliche Wegenetz
- die Umsetzung der nachlaufenden Kompensationsmaßnahmen gemäß LBP
- die abschließenden Rekultivierungsmaßnahmen

und enden mit der Entlassung der Flächen aus der Bergaufsicht.

2 Denkmalrechtliche Einordnung

Die gesamte unverritzte Betriebsfläche mit den geplanten neun Abbaubereichen des Vorhabens „Gipsabbau Oberndorf“ ist gemäß Scoping-Protokoll [1] in ihrer Gesamtheit als Vermutungsfläche im Sinne des Art. 7 Abs. 1 BayDSchG [2] zu behandeln. Damit ist für alle erforderlichen Erdarbeiten eine Erlaubnis der zuständigen Denkmalschutzbehörde erforderlich.

Aufgrund der zeitlichen Erstreckung des geplanten Vorhabens (siehe Tabelle 1) wird eine nach den geplanten Abbaubereichen und Betriebsphasen gestaffelte denkmalrechtliche Erlaubnis beantragt; im Rahmen der Betriebsphase 0 ist zunächst die denkmalrechtliche Erlaubnis für die archäologische Voruntersuchung der Flächen der Gewerbezufahrt und des Abbaubereichs 1 erforderlich.

3 Antragsgegenstände

3.1 Denkmalfeststellung (Begleitung Oberbodenabtrag) Gewerbezufahrt

Die archäologische Prospektion der Trasse für die Gewerbezufahrt erfolgt im Rahmen des Oberbodenabtrags, der unter Aufsicht einer wissenschaftlichen bzw. im Bereich der Grabungstechnik qualifizierten Fachkraft erfolgt.

Im Bereich des Bauvorhabens werden der Oberboden und gegebenenfalls weitere Überdeckungsschichten, moderne Schichten und Beläge abgetragen (sogenannter Oberbodenabtrag). Dabei werden in der Regel mit dem Bagger archäologisch relevante Horizonte zur bodendenkmalfachlichen Beurteilung der Fläche freigelegt.

Wenn in diesem ersten Schritt keine Bodendenkmäler erkannt werden, wird die Fläche unverzüglich freigegeben.

Wenn in diesem ersten Schritt durch die bodendenkmalfachliche Beurteilung durch die Aufsichtsführende wissenschaftliche bzw. im Bereich der Grabungstechnik qualifizierte Fachkraft festgestellt wird, dass auf der untersuchten Fläche Zeugnisse früherer Besiedlung oder Grablegen vorhanden sind, werden diese durch den vor Ort zuständigen Mitarbeiter des Landesamts für Denkmalpflege markiert und flächig skizziert. Das Landesamt¹ erstellt eine zusammenfassende Leistungsbeschreibung für die erforderlichen archäologischen Arbeiten, wie Ausgrabung und Dokumentation der Bodendenkmäler.

3.2 Denkmalfeststellung durch Geophysik Abbauabschnitte 1 bis 4 und I bis V

Durch die zeitliche Erstreckung des geplanten Vorhabens und die bei einer Denkmalfeststellung erforderlichen zeitintensiven Arbeiten (Ausgrabung und Dokumentation der Bodendenkmäler) sollen durch eine geophysikalische Prospektion die in den Abbauabschnitten 1 bis 9 ggf. vorhandenen Bodendenkmäler sichtbar gemacht werden, so dass im Ergebnis aus ggf. vorhandenen denkmalreichen Teilflächen die Denkmalfeststellung durch Begleitung des Oberbodenabtrags vorgezogen werden kann.

3.3 Denkmalfeststellung (Begleitung Oberbodenabtrag) Abbauabschnitt 1

Der wissenschaftlich begleitete Oberbodenabtrag im Abbauabschnitt 1 soll je nach Ergebnis der geophysikalischen Prospektion für den gesamten Abbauabschnitt oder in zwei Etappen (siehe dazu Abbildung 2) gestaffelt erfolgen.

Dabei freigelegte Denkmäler werden durch den vor Ort zuständigen Mitarbeiter des Landesamts für Denkmalpflege markiert und flächig skizziert. Das Landesamt¹ erstellt eine zusammenfassende Leistungsbeschreibung für die erforderlichen archäologischen Arbeiten, wie Ausgrabung und Dokumentation der Bodendenkmäler.

¹ https://www.blfd.bayern.de/mam/information_und_service/denkmaleigentuemer/200526_blfd_denkmalvermutung_flyer.pdf

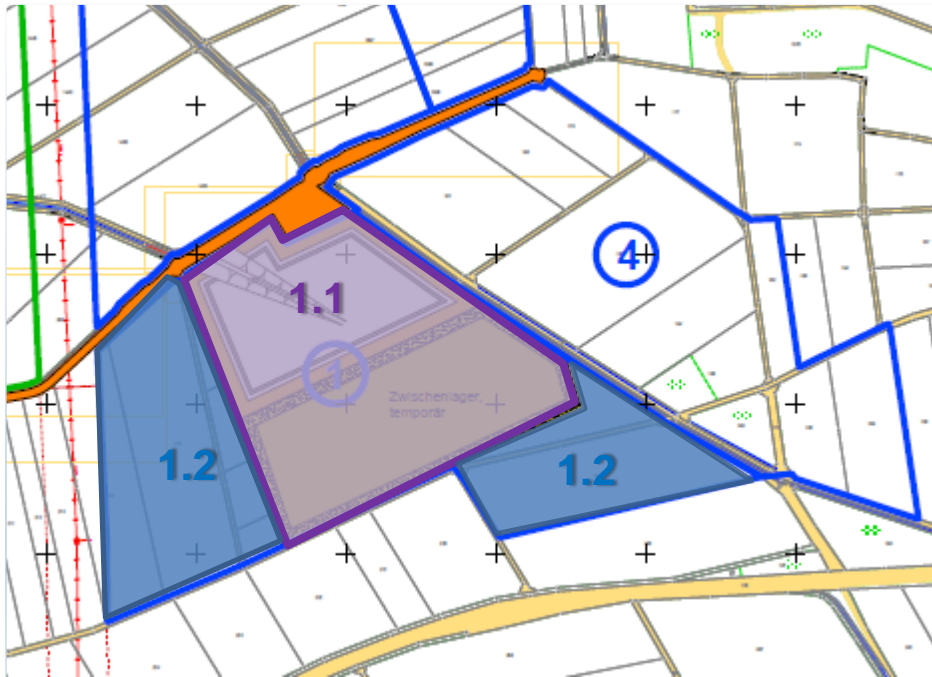


Abbildung 2: Etappen des wissenschaftlich begleiteten Oberbodenabtrags im Abbauabschnitt 1

3.4 Archäologische Untersuchung Abbauabschnitt 1

Basis für die Arbeiten zur ggf. erforderlichen archäologischen Untersuchung von Abbauabschnitt 1 ist die vom Landesamt¹ erstellte zusammenfassende Leistungsbeschreibung.

3.5 Denkmalfeststellung (Begleitung Oberbodenabtrag) Abbauabschnitte 2 bis 4 und I bis V

Der wissenschaftlich begleitete Oberbodenabtrag in den Abbauabschnitten 2 bis 4 und I bis V soll je nach Ergebnis der geophysikalischen Prospektion jeweils für den gesamten Abbauabschnitt oder in Etappen gestaffelt erfolgen.

Dabei freigelegte Denkmäler werden durch den vor Ort zuständigen Mitarbeiter des Landesamts für Denkmalpflege markiert und flächig skizziert. Das Landesamt¹ erstellt eine zusammenfassende Leistungsbeschreibung für die erforderlichen archäologischen Arbeiten, wie Ausgrabung und Dokumentation der Bodendenkmäler.

3.6 Archäologische Untersuchungen Abbauabschnitte 2 bis 4 und I bis V

Basis für die Arbeiten zu den ggf. erforderlichen archäologischen Untersuchungen sind die vom Landesamt¹ erstellten zusammenfassenden Leistungsbeschreibungen.

4 Auswirkungen des Vorhabens

Im Umfeld des geplanten Abbauvorhabens ist eine ganze Reihe von Bodendenkmalen dokumentiert, bei denen es sich überwiegend um Siedlungen vorgeschichtlicher Zeitstellung, der Bronze- und Urnenfelderzeit, aber auch der römischen und späten Kaiserzeit handelt. Nach derzeitigem Kenntnisstand befinden sich sieben Bodendenkmäler im Vorhabengebiet (siehe dazu Kapitel 3.9 im UVP-Bericht in Teil F und Anhang 3.5.2 in Teil C der Antragsunterlagen) sowie ein vermutetes Bodendenkmal im Interessengebiet (ursprünglich vorgesehenes Abbaugelände).

Bereits zu Planungsbeginn wurde der im Interessengebiet liegende Bereich des vermuteten Bodendenkmals D-5-6428-0023 von der Abbauplanung ausgenommen. Trotz der zwischenzeitlich geänderten Einschätzung² wurden die betreffenden Flächen auch bei der weiteren Abbauplanung ausgeklammert. Die beim Gipsabbau unvermeidliche Zerstörung wurde für das vermutete Bodendenkmal D-5-6428-0023 ausgeschlossen.

Da eine Zerstörung bislang nicht bekannter Bodendenkmale durch den geplanten Gipsabbau nicht ausgeschlossen werden kann, werden zur Verminderung der zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens die im Rahmen des Scopings vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege geforderten Maßnahmen umgesetzt (siehe S. 10 von Anhang 3.1.2.2 in Teil C der Antragsunterlagen):

„Für Bodeneingriffe jeder Art ist [...] in der Gesamtheit oder gestaffelt nach den geplanten Abbau-schritten eine denkmalrechtliche Erlaubnis nach Art. 7 Abs. 1 DSchG notwendig. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege wird im Zuge des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens (wegen der sog. Konzentrationswirkung ist das denkmalschutzrechtliche Erlaubnisverfahrens darin eingeschlossen) die zum Schutz bzw. zur Sicherung der Bodendenkmäler erforderlichen Auflagen und Nebenbestimmungen formulieren. Erst nach Erteilung eines Erlaubnisbescheides kann der Oberbodenabtrag unter Aufsicht einer wissenschaftlichen bzw. im Bereich der Grabungstechnik qualifizierten Fachkraft erfolgen.“

Über die Notwendigkeit einer archäologischen Ausgrabung kann erst nach diesem fachlich qualifizierten Abtrag des Oberbodens entschieden werden. Zur Vermeidung unbeobachteter Denkmalzerstörungen ist der Beginn des Oberbodenabtrags vom Träger des Vorhabens beim Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege vorher (mit einem ausreichenden Zeitvorlauf) anzuzeigen und die mit der archäologischen Beobachtung beauftragte Fachkraft zu benennen.

Wegen der Komplexität der zu erwartenden Bodendenkmäler empfiehlt es sich, diese Voruntersuchungen jeweils zum frühestmöglichen Zeitpunkt durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, dass archäologische Ausgrabungen abhängig von Art und Umfang der erhaltenen Bodendenkmäler einen größeren Umfang annehmen können und daher – um Verzögerungen im Abbaubetrieb zu vermeiden – unbedingt rechtzeitig geplant werden sollten. Hierbei sind ggfs. auch Vor- und Nachbereitung der Ausgrabung zu berücksichtigen (u.a. Durchführungskonzept, Fundverbleib, Restaurierung der Funde).

Das Bergamt Nordbayern verwies zum Thema "Bodendenkmäler" darauf, dass eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler der Meldepflicht an das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege oder

2 E-Mail vom 13.04.2021 von Rita.Hannig@blfd.bayern.de an Monika.Schoenau@k-utec.de

„Das Bodendenkmal D-5-6428-0023 habe ich bereits aus der Liste gestrichen. Zugrunde lag ein Luftbildbefund. Nach der erneuten Einsicht der hochauflösenden Scans zeichnen sich recht deutlich Strukturen von Dolinen ab. Diese sind erst einmal natürlich entstanden und erfüllen daher noch nicht die Kriterien eines eindeutig belegbaren Denkmals. Daher ist die Streichung des Bodendenkmals erfolgt. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass solche Dolinen durchaus mit vom Menschen beeinflussten Sedimenten verfüllt sein können. Damit muss man in dieser Gegend rechnen. Solange dies hier aber noch nicht nachgewiesen ist, kann man dies nur vermuten oder den Umständen nach annehmen. Das ist dann die Aufgabe der Praktischen Bodendenkmalpflege. [REDACTED] ist der zuständige Gebietsreferent und hierfür Ihr Ansprechpartner.“

an die untere Denkmalschutzbehörde gem. Art. 8 Absätze 1 und 2 DSchG unterliegen; die einschlägigen Bestimmungen lauten wie folgt.

Art. 8 Abs. 1 DSchG

Wer Bodendenkmäler auffindet, ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, auf Grund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

Art. 8 Abs. 2 DSchG

Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.“

Die Dokumentation wird nach § 14 (9) DenkmSchG entsprechend aktueller wissenschaftlicher und technischer Methoden durchgeführt werden. Die Methoden werden bezüglich Dauer und Umfang der Dokumentation im Vorfeld der Maßnahme mit dem Landesdenkmalamt abgestimmt.

Der Unternehmer wird die Denkmalschutzbehörde rechtzeitig vor Beginn der Abraumarbeiten informieren und Suchgrabungen durchführen lassen. Im Ergebnis dieser Suchgrabungen wird entschieden, ob weitere Grabungen für eine Bergung aufgefundener Artefakte notwendig sind. Etwaige Funde können somit sachgerecht geborgen werden. Diese gegebenenfalls notwendigen Maßnahmen werden vor Durchführung von Abraumarbeiten abgeschlossen.

Die Untersuchungen werden in enger Abstimmung mit den zuständigen Denkmalschutzbehörden durchgeführt. Näheres wird eine noch abzuschließende vertragliche Vereinbarung zwischen Unternehmer und Denkmalschutzbehörde regeln.

Rechtgrundlagenverzeichnis

- [1] BayDSchG, *Bayerisches Denkmalschutzgesetz (BayDSchG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2242-1-WK) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Gesetz vom 23. April 2021 (GVBl. S. 199) geändert worden ist*, 1973/2021.
- [2] WHG, „Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1408) geändert worden ist,“ 2009/2020.
- [3] BayStrWG, *Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 91-1-B) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2020 (GVBl. S. 683) geändert worden ist*, 1981/2020.
- [4] BayWG, *Bayerisches Wassergesetz (BayWG) vom 25. Februar 2010 (GVBl. S. 66, 130, BayRS 753-1-U), das zuletzt durch § 5 Abs. 18 des Gesetzes vom 23. Dezember 2019 (GVBl. S. 737) geändert worden ist*, 2010/2019.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage der Abbauabschnitte und der Abbaurichtung	5
Abbildung 2: Etappen des wissenschaftlich begleiteten Oberbodenabtrags im Abbauabschnitt 1	8

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Dimensionierung (Größe, Massen sowie Abbauzeitraum) der Abbauabschnitte	5
--	---